

Newsletter #04 // 13. Dezember 2011

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Wochen seit dem letzten Newsletter waren turbulent. Widerstand gegen die Castor-Transporte, unsere Verfassungsklage gegen die verspätete Einbringung des Landeshaushalts, Proteste gegen die Afghanistan-Konferenz und vieles mehr – die Fraktion DIE LINKE hat ganz schön auf den Putz gehauen. Und wenn Ihr zu unserer Feier am kommenden Montag kommt, können wir noch mal gemeinsam zurückblicken und auch schon mal gemeinsam auf ein kämpferisches und erfolgreiches Jahr 2012 anstoßen.

Eure Newsletter-Redaktion

Abonnieren könnt Ihr den Newsletter [hier](#). Und schon bekommt Ihr immer am Dienstag nach Plenarsitzungen aktuelle Infos aus unserer Fraktion. Ein bis zwei Mal im Monat also. Über Rückmeldungen freuen wir uns. Und: Unser Newsletter wird kein Endlos-Mailing. Versprochen.

Aus dem Landtag (Plenartage 08.12. - 09.12.2011)

In den Plenarsitzungen am 8. und 9. Dezember 2011 standen in der Aktuellen Stunde die erneuten Castor-Transporte durch NRW im Zentrum der Debatte. Zudem wurde auch das bundesweit relevante Thema der V-Leute in rechtsextremen Organisationen im Plenum kontrovers debattiert. Dazu finden Sie in unserem Schwerpunkt „Verfassungsschutz“ ausführliche Informationen.

Am Donnerstag stand neben der Entscheidung der Bundesregierung, erneut Castor-Transporte durch NRW von Jülich nach Ahaus zu führen, sowie der Aufarbeitung der Blockade der letzten Castor-Transporte im Wendland vor allem die fragwürdige Erhöhung der Rentenabgabe der Abgeordneten im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Zum Thema V-Leute stellte die Fraktion DIE LINKE einen [Antrag \(Drs. 15/3410\)](#), welcher fordert, die vom Verfassungsschutz bezahlten V-Leute in der rechten Szene abzuziehen.

Darüber hinaus fand am 5. Dezember 2011 in Bonn die Afghanistan-Konferenz statt. DIE LINKE begleitete diese Konferenz kritisch und machte ihre Ablehnung des Kriegseinsatzes bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich. Die Landtagsfraktion DIE LINKE NRW tagte in unmittelbarer räumlicher Nähe auf einem Schiff auf dem Rhein [[Bildbericht hier](#)]. Auf dieser Sitzung wurde neben der Ablehnung des NATO-Krieges in Afghanistan eine Bilanz der Aktivitäten der Partei im Wendland gezogen, wo zahlreiche Abgeordnete der LINKEN sich in die Reihen der Castor-Demonstranten eingliederten.

Am Freitag wurde dann im Plenum der Einsatz der Polizei beim Castor-Transport debattiert sowie in einem [Antrag \(Drs. 15/3408\)](#) der Fraktion DIE LINKE eine bessere Kontrolle der NRW.Bank durch den Landtag wie den Landesrechnungshof eingefordert.

Schwerpunkt: Verfassungsschutz

Keine Formalität, sondern notwendiger Schritt: V-Leute abschalten!

Hoyerswerda, Mölln, Rostock, Solingen – Orte wie diese stehen für neofaschistische, rassistische Pogrome in Nachkriegsdeutschland. Rechter Terror ist kein neues Phänomen – gleiches gilt für Verbindungen zwischen Neonazis und Verfassungsschutz. Diesen Zustand muss der Landtag von Nordrhein-Westfalen dringend beenden, wie die Terrorserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ zeigt. Dennoch ist DIE LINKE mit einem Antrag zur Abschaltung der V-Leute im rechten Milieu an der Verweigerung der anderen Fraktionen gescheitert.

1993 blickt die Welt erschüttert nach Solingen: Ein Brandanschlag kostet fünf türkischen Mädchen und Frauen das Leben. Die vier Täter waren junge Neonazis, drei von ihnen trainierten im „Hak Pao“, einer Kampfsportschule mit Kontakten zu militanten Rechten inner- und außerhalb der Region. Der Geschäftsführer, eine bekannte Größe der rechten Szene Solingens und vorbestraft unter anderem wegen

gefährlicher Körperverletzung, war V-Mann des NRW-Verfassungsschutzes.

Doch wie im Fall der thüringischen Rechtsterroristen hat der Verfassungsschutz damals vor dem Terror nicht gewarnt. Noch nicht mal einen „rechtsextremistischen Schwerpunkt“ wollte er in und um Solingen ausgemacht haben. „Kein Wunder, wenn man auf Informationen von engagierten Neonazis setzt, die nicht selten selbst in Gewalttaten oder deren Planung verstrickt sind“, kritisiert Anna Conrads das V-Leute-System. Für sie ist es viel mehr als nur ein Verdacht, dass auch die militante Rechte finanziell und informell gestärkt aus der Zusammenarbeit hervorgeht. „Das gaben aufgeflogene Informanten auch des Landesverfassungsschutzes offenherzig zu Protokoll“, so die innenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE.

Die Erkenntnisse aus der Zusammenarbeit mit den oftmals kriminellen und selbst militanten Nazi-Spitzeln seien so mager, dass sie niemals die Gefahr rechtfertigen, die sich aus der Kooperation mit ihnen ergebe, sagt Anna Conrads. „Es ist untragbar, dass das Land über V-Leute die Gewalt gegen Migranten/-innen und Andersdenkende finanziert und unterstützt.“ Folglich sei das Abschalten der V-Leute keine Formalität hin zu einem erneuten NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Es sei vielmehr ein notwendiger Schritt zum Schutz der Grundrechte aller Menschen in unserem Land, meint Conrads: „Die Verquickung von Geheimdienst und Neofaschisten ist eine große Bedrohung für alle Menschen, für die Demokratie mehr als eine Floskel ist.“

Kommentar von Anna Conrads, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW:

Nazi-Spitzel sofort abschalten! V-Leute sind Teil des Problems – nicht deren Lösung

Immer neue und erschütternde Details um die rechtsterroristische Zelle „NSU“ machen immer deutlicher: Der „Verfassungsschutz“ in Bund und Ländern, vor allem seine sogenannten V-Leute, spielen eine negative Hauptrolle. Allein innerhalb der NPD werden 130 Nazi-Spitzel finanziert, vermeldete jüngst der „Spiegel“. Gleichzeitig war die Terrorzelle in ost- und westdeutschen Nazi-Kreisen bekannt und akzeptiert. Doch zu Erkenntnissen des VS führte das nicht.

Nazi-Spitzel lassen sich gerne finanzieren, aber aushorchen lassen sie sich nicht. Sie kassieren Steuergelder für weitgehend nutzlose Informationen und bauen mit dem Geld neofaschistische Strukturen auf. Häufig sind sie an massiven Straftaten und Gewaltverbrechen beteiligt und werden nicht selten vor Strafen geschützt. Das V-Leute-System fördert rechte Gewalt und rechten Terror. Bezahlen – in jeder Hinsicht – müssen das die Opfer.

Dennoch hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Abschaltung der rechten Spitzel abgelehnt. Dabei waren die V-Leute schon vor acht Jahren Grund für das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren. Also: Wer die NPD verbieten, aber auf V-Leute nicht verzichten will, der vergeigt es letztlich abermals.

Parlamentslexikon

An dieser Stelle erläutern wir stets einen Begriff aus dem Parlamentsalltag.

Parlamentarisches Kontrollgremium

Wie alle anderen Bundesländer auch hat NRW einen Inlandsgeheimdienst, den Verfassungsschutz. Über die zweifelhafte Arbeit dieses Dienstes war in jüngster Zeit viel zu lesen und zu hören. Um die Aktivitäten des Verfassungsschutzes zu kontrollieren, gibt es im Landtag das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG). Das ist eine Gruppe von acht Abgeordneten, drei von der CDU, drei von der SPD, einer von den Grünen und einer von der FDP. DIE LINKE darf nicht rein – weil der Verfassungsschutz sie verdächtig findet, darf sie den Verfassungsschutz nicht kontrollieren, finden die anderen Parteien. Diese acht Abgeordneten also

kontrollieren den Geheimdienst. Und zwar geheim. Niemand darf wissen, wann, wo oder warum sich das PKG trifft. Was die acht gewählten Volksvertreter dann erfahren, dürfen sie auch niemandem weitersagen. Noch nicht mal innerhalb der eigenen Fraktion. Das ist aber nicht weiter schlimm: Im PKG erfährt man sowieso nur, was vorher schon in der Zeitung stand, sagen PKG-Mitglieder. Echte demokratische Kontrolle also. Einmal im Jahr erstattet das PKG dann aber doch dem gesamten Landtag Bericht darüber, was es so herausgefunden hat. Um die gesamte Arbeit des Verfassungsschutzes in NRW im Jahr 2010 darzustellen, genügten dem geheimen Geheimdienstkontrollgremium [zwei DIN A4-Seiten \[hier als PDF\]](#).

Termine

? **13.12.2011**, 16:00 Uhr, Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf: **Gespräch Wolfgang Zimmermann mit Landesverband Psychiatrie-Erfahrener NRW e. V.**

? **21.12.2011**, ab 10:00 Uhr, Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf: **Plenarsitzung**

? **22.12.2011**, ab 10:00 Uhr, Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf: **Plenarsitzung**

Neu auf der Homepage

Schwerpunktseite Wohnen: Linke Wohnungspolitik für NRW

flickr: Sterneck

DIE LINKE im Landtag von NRW tritt für einen Richtungswechsel in der Wohnungspolitik ein, bei dem die Mehrheit der Menschen im Mittelpunkt steht, Gemeinschaft und Demokratie gefördert werden, anstelle von Profiten und Luxusapartments für Wenige.

Beim [Schwerpunkt Wohnen](#) gibt es zahlreiche Informationen mit Hintergründen und Dokumenten der parlamentarischen Arbeit der Linksfraktion NRW. Zwei Unterseiten beschäftigen sich mit dem [THS/Evonik](#) sowie mit der [Enquetekommission "Wohnungswirtschaftlicher Wandel"](#).

Bildergalerie: Protest auf dem Rhein gegen Afghanistan-Konferenz

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW hielt am Montag, 5.12.2011 auf der „MS Beethoven“ eine öffentliche Fraktionssitzung zu friedenspolitischen Initiativen, zur Bundeswehrreform und anderen Themen ab. Zahlreiche Kriegsgegner/-innen fuhren mit dem Schiff immer wieder direkt am Konferenzsaal der sog. "Afghanistan-Konferenz" vorbei. [Weiter](#)

Der nächste Newsletter erscheint am 27. Dezember 2011.

V.i.S.d.P.: Florian Kaiser, Pressesprecher, Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: (0211) 884-4602, Telefax: (0211) 884-3700, E-Mail: newsletter@linksfraktion-nrw.de

[\(Ab\)bestellen kann man den Linksletter hier](#)

Quelle: http://archiv.linksfraktion-nrw.de/medien/newsletter/newsletter_04_13122011/